



Münster, 17./18. Oktober 2009

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortlich
Sandra Hennig

Telefon 030.4081-5510
Telefax 030.4081-5599
post@dbbj.de
www.dbbj.de

dbb jugend beim Deutschlandtag der Jungen Union

Hennig: „Politik trägt Verantwortung für angemessene Personalausstattung des öffentlichen Dienstes“

Für eine Intensivierung der Beziehungen zwischen dbb jugend und Junger Union nutzten die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Hennig und ihr Stellvertreter Thomas Löwe den Deutschlandtag der Jungen Union, der vom 16. Bis 18. Oktober 2009 in Münster stattfand.

Beim Leitbeschluss der JU-Tagung, der „Münsteraner Erklärung“ zeigten sich Gemeinsamkeiten zwischen dbb jugend und Jungunionisten, aber auch Gegensätze. Als positiv lobte dbb jugend-Chefin Hennig die klare Aussprache gegen Extremismus in jedweder Form sowie das Ziel, die Gesetzeslage insgesamt zu vereinfachen. In punkto Arbeitsmarktpolitik wurden indes Differenzen zwischen dbb jugend und JU deutlich. Während die JU erklärte, dass Politik keine Arbeitsplätze schaffen, sondern lediglich positive Impulse für den Arbeitsmarkt setzen könne, sieht die dbb jugend durchaus und insbesondere im öffentlichen Dienst ausreichend Potenzial für die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen: „Wenn es im öffentlichen Dienst endlich zu einer aufgabenangemessenen Bedarfsermittlung kommt und Veränderungen im Personalbestand rechtzeitig erkannt werden, wird die Politik zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die bisherigen Einstellungen bei Weitem nicht ausreichen, um den Personalfehlbestand zu decken. Auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene müssen die politischen Entscheidungsträger ihrer Verantwortung gerecht werden und durch Mehreinstellungen für eine verbesserte Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst sorgen. Dass hierdurch auch Impulse auf dem Arbeitsmarkt gesetzt werden können, versteht sich von selbst“, erläuterte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Hennig. Kritisch sieht die dbb jugend außerdem die Strategien, mit denen die Junge Union dem demographischen Wandel begegnen will. Zwar erkenne man die Bedeutung des demographischen Wandels, weise aber als Lösung der daraus resultierenden Problematik insbesondere auf dem Arbeitsmarkt lediglich die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre auf, so Hennigs Einwand: „Eine nachhaltige Verbesserung des Nachwuchsmangels kann nur durch die Erhöhung der Geburtenzahlen erreicht werden.“ Hier müssten entsprechende Rahmenbedingungen wie etwa der Ausbau an Betreuungsplätzen geschaffen werden.

Die dbb jugend wird sich im Frühjahr 2010 mit der Jungen Union zu weiteren Gesprächen treffen, um die Diskussion über die einzelnen Positionen zu vertiefen.

Eine ausführliche Berichterstattung über die dbb jugend beim Deutschlandtag der Jungen Union gibt es im dbb jugend magazin t@cker 11-2009.

pressediens